

**Antrag 169/I/2020 KDV Friedrichshain-Kreuzberg  
Gegen Hass und Hetze im Netz – wirksam gegen Hate Speech vorgehen**

**Beschluss:** Annahme in der Fassung der AK

Wir fordern den Senat dazu auf:

- eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hate Speech einzurichten
- eine zentrale Melde- und Beratungsstelle für Opfer von Hate Speech einzurichten
- eine Studie in Auftrag zu geben, in der die Lage zu Hate Speech untersucht wird (Betroffenheit, **Anzahl der Dunkelziffer**, Gründe hierfür)
- Weiterbildung im Bereich Hate Speech bei Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei (in der Ausbildung sowie als Weiterbildung)
- hauptamtliche und für diese Position ausgebildete Ansprechpersonen bei der Polizei für Opfer von Hate Speech
- in den Schulen Hate Speech im Bildungsplan zu verankern und Lehrkräfte dafür zu schulen
- eine Awareness-Kampagne aufzuerlegen

**Überweisen an**

Senat

**Stellungnahme(n)**

**Stellungnahme des Senats 2022:**

Am 17.12.2021 hat der Senat die Bundesratsinitiative zur Entschließung im Bundesrat zur Bekämpfung von Hate Speech (Drucksache 19/0071) beschlossen. Der Wortlaut der Bundesratsinitiative lautete wie folgt: „Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob der Anwendungsbereich der Regelung in § 5 des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes zum Zwecke der wirksamen Bekämpfung von Hate-Speech zu erweitern ist.“

In den Richtlinien der Regierungspolitik 2021-2026 heißt es zudem: „Der Senat stärkt die mabb, um Hate Speech, Manipulation und Desinformation härter zu sanktionieren und mediale Angebote auf Basis neuer Technologien gleichen Regeln zu unterwerfen.“